

„Antifaschismus heißt Deutschfeindlichkeit“

Professor Knütter bilanziert seine jahrzehntelange
Antifa-Forschung

Sein Schlüsselwerk zum Verständnis bundesdeutscher Konfliktlagen erschien erstmals vor einem Vierteljahrhundert, und schon der damalige Titel verdeutlichte klar, worum es ging (und heute geht): „Die Faschismuskeule – Das letzte Aufgebot der deutschen Linken“, verfasst von Professor Dr. Hans-Helmuth Knütter, der von 1971 bis 1996 Politische Wissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn lehrte. Jetzt ist es, aktualisiert und mit einem Vorwort von Erik Lehnert versehen, im „Institut für Staatspolitik“ als Band 6 der Reihe „Berliner Schriften zur Ideologiekunde“ unter dem Titel: „Die Faschismuskeule – Herrschaftsinstrument der Linken“ neu herausgekommen. Bernd Kallina hat für das „Deutschland-Journal“ mit dem Autor in Bonn gesprochen.



Herr Professor Knütter, Sie brachten erstmals 1993 Ihr wegweisendes Buch „Die Faschismuskeule – Das letzte Aufgebot der deutschen Linken“ heraus. Konnten Sie sich damals vorstellen, dass 25 Jahre später die Problematik virulenter denn je unser Land beherrscht?

Es gibt Gründe dafür und dagegen. Nein, weil mit der Zeit den Nachwachsenden die NS-Zeit so fremd wird, dass die Antifa-Propaganda an Wirkung verliert. Andererseits ja, weil sich damals schon abzeichnete, dass eine Übereinstimmung von Antifaschismus und Deutschfeindlichkeit besteht. Wenn es keine „Nazis“ mehr gibt, gegen die sich die Propaganda richten kann, dann wird die Antifakeule gegen die gesamte deutsche Geschichte ausgeweitet. Der Reichsgedanke, die Ostexpansion des Mittelalters, der preußische Militarismus, die Kolonialherrschaften vor 1918, die angeblichen Antisemiten Luther, Ernst Moritz Arndt, Treitschke, Richard Wagner, jede Betonung nationaler Leistungen werden in die antifaschistisch getarnte, tatsächlich



Antifa-Propaganda: Aggressiv und gewalttätig. Oftmals mit Steuergeldern finanziert und unterstützt bis hin ins bürgerliche Lager.

aber antideutsche Propaganda einbezogen. Die deutsche Geschichte gilt als „Irrweg einer Nation“. So lautet der Titel eines Buches von Alexander Abusch, der zeitweise Kulturminister der DDR war. Der SED-Funktionär Professor Otto Reinhold hat vor 1989 festgestellt: „Die DDR ist nur als antifaschistischer, als sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur DDR denkbar.“ Deshalb hat der Antifaschismus als moralische Tarnung des Sozialismus das Ende der „realsozialistischen“ Systeme nach 1990/91 überstanden.

„Die halbe Republik besteht aus ‚Nazis‘. Es gibt Neonazis, die Öko-Nazis, die Ossi-Nazis, die Euro-Nazis, die CSU-Nazis, die FDP-Nazis und dann natürlich die völkischen Nazis von der AfD,“ so kürzlich Jasper von Altenbockum im Leitkommentar der FAZ über die Nazi-Hysterie, ironisch zugespitzt. Wer von außen auf unser Land blickt, bekommt den Eindruck, dass wir kurz vor einem neuen 1933 stehen. Herr Knütter, erklärt sich dieser Alarmismus nur durch den Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag oder sehen Sie auch andere Gründe?

Die gesamte Linke hat mit dem blamablen Ende des Realsozialismus 1989/91 einen umfassenden Schlag erhalten. Das war ein Zusammenbruch in machtpolitischer, ideologischer, finanzieller Hinsicht. Liberale, konservative, nationale Kräfte erschienen stärker, als „Sieger der Geschichte“. Das schien aber nur so wegen des Zusammenbruchs der Linken. Die entdeckten den Antifaschismus als ideologischen Restbestand, mit dessen Hilfe sie ihre Existenz ideologisch rechtfertigen konnten: „Wir sind die einzigen aufrechten Kämpfer gegen die (scheinbar) erstarkten Rechtskräfte.“ Der Antifaschismus ist seit 1945, seit der Niederlage des NS-Reiches, eine wesentliche Grundlage der neuen Ordnung. Das gilt nicht nur für die in der NS-Zeit besonders verfolgten Linken, die SPD und die KPD, sondern auch für die sog. „bürgerlichen“ Parteien.

Der Antifaschismus und seine Rolle bei der „Umerziehung“

Zu erwähnen ist auch die „Re-education/Umerziehung“ durch die Besatzungsmächte, die nicht nur den Nationalsozialismus, sondern jede Regung deutschnationaler Traditionen als antidemokratisch bekämpften, um einen befürchteten Neonazismus zu verhindern. Wer unter den neuen Verhältnissen in der Politik vorankommen wollte, musste sich anpassen. Infolge des Ost-West-Konfliktes trat ab 1946 die „Bewältigung“ der NS-Vergangenheit zurück. Der Antikommunismus verdrängte in den westlichen Besatzungszonen den Antifaschismus, der zu Recht als linksideologisch galt. In der Sowjetischen Besatzungszone wurde die sozialistische Umgestaltung der politischen und sozioökonomischen Ordnung offiziell als „antifaschistisch-demokratische Periode“ bezeichnet. Als dieser Sozialismus nach 1989 zusammenbrach, wurde der Antifaschismus als ideologischer Restbestand herausgestellt. Bürgerliche und christliche Kreise, die auch schon seit 1945 ihre Existenz zwar nicht sozioökonomisch, aber doch moralisch antifaschistisch gerechtfertigt hatten, liefen notgedrungen mit. Die sozialistische Komponente des Antifaschismus lehnten sie ab, aber die moralische – gegen Faschismus und Krieg – teilten sie. Und schon saßen sie mit den Linksextremisten in einem Boot.

Am 8. März 2018 betonte der Hamburger Innensenator Andy Grote (SPD) im NDR, dass die innere Bedrohungslage aus zwei Problemfeldern bestünde, dem Islamismus und den Rechtsextremismus. Den Linksextremismus erwähnte er mit keinem Wort. Und das, nachdem beim G-20-Gipfel letztes Jahr Tausende von Linksextremisten ganze Stadtviertel in Hamburg gewaltsam verwüstet hatten. Wie erklären Sie sich diese selektive Bedrohungswahrnehmung?

Die Linksextremisten werden nicht trotz ihrer Niederlage von 1989/91 gefährlicher, sondern gerade wegen dieses Scheiterns. Sie sind Angstbeißer. Aus Furcht vor dem Untergang lassen sie alle Hemmungen fahren und hoffen mit brutaler Gewalt ihren schwindenden Einfluß zu sichern. Die etablierten Altparteien trifft eine Mitschuld. Sie fühlen sich von den „Rechten“ mehr bedroht als von den kriminellen Antifas. Die „Rechten“ drohen nämlich insbesondere durch ihre Wahlerfolge den Etablierten die lukrativen Posten und Mandate wegzunehmen. Deswegen werden sie propagandistisch bekämpft. Die brutale Schmutzarbeit körperlicher Gewalt wird der Antifa überlassen. Dafür ist sie nützlich – in gewissen

Grenzen. Ihre Taten werden zwar nicht gebilligt, aber doch deutlich zurückhaltender behandelt als rechte oder islamistische Vorfälle.

Dass ein Großteil der Sozialdemokraten und fast alle Grünen sowie auch die Linkspartei ein rundum geschlossenes antifaschistisches Weltbild haben, ist nichts Neues. Aber das zunehmende Einschwenken der früher antitotalitär ausgerichteten Unionsparteien und der FDP auf die „Kampf gegen Rechts-Strategie“ ist doch erstaunlich, oder?
Wie bereits gesagt, die etablierten Altparteien fürchten – durchaus begründet – den Verlust von Posten, Macht und Einfluss. Gewiß, auch die Linkspartei hat den Sozialdemokraten und dem linken Flügel der Grünen Abbruch getan. Aber die AfD hat eine stärkere Wirkung gehabt. Hinzu kommt, dass auch die CDU und die FDP nach 1945 als antifaschistische Parteien gegründet wurden. Erst unter dem Eindruck des Ost-West-Konfliktes ab 1946 trat der Kampf gegen Rechts zugunsten des Antikommunismus zurück. Nach 1991, dem Ende des Realsozialismus, verstärkte sich diese antifaschistische Tradition wieder. Die Linken waren voreilig als erledigt betrachtet worden.

Im kürzlich erschienenen Buch „Der Links-Staat“ weisen die beiden Autoren Christian Jung und Torsten Groß eindeutig nach, dass sich sogar die als besonders konservativ gebärdende CSU in München an der öffentlichen Finanzierung von lokalen Antifa-Gruppen beteiligt. Was hätte wohl Franz-Josef Strauß zu einer solchen Entwicklung gesagt?

Auch die CSU entstammt einer antifaschistischen Tradition
Von Franz- Josef Strauß ist der Ausspruch bekannt, rechts von der CSU dürfe es keine verfassungskonforme Rechtspartei geben. Damit rechtfertigte er, alle nationalen, konservativen Parteien, nicht nur eindeutig extremistische, zu bekämpfen. Gegen die „Republikaner“ geschah das, wie heute gegen die AfD. Das rechtfertigt allerdings nicht die finanzielle Unterstützung von linken Antifa-Gruppen unter Duldung und Mitwirkung der CSU. Hier wirkt die Furcht vor dem erpresserischen Vorwurf, bei ausbleibender Unterstützung der Antifa fördere oder dulde man den Rechtsextremismus. Da auch die CSU seit 1945 aus einer antifaschistischen Tradition kommt, wirkt dieser erpresserische Vorwurf.

Antifa-Agitation gegen national-konservative Studentenverbindungen: „Burschis ausschalten“



Andererseits gibt es auch Gegenstimmen. Boris Palmer, der grüne Oberbürgermeister von Tübingen, erklärte jüngst im Interview mit „Tichys Einblick“: „Die Nazi-Keule hat ausgedient!“ Sieht Palmer das zu rosig?

Die Wahlerfolge der AfD beweisen die Richtigkeit der Aussage Palmers. Allerdings ist sie übertrieben. Wenn eine Erpressung Wirkung zeigt, wird sie ständig wiederholt. Das trifft auf die Faschismuskeule zu. Die sog. „bürgerlichen“ Parteien fürchten diesen Vorwurf nach wie vor und lassen sich mit der Faschismuskeule erpressen.

Ein hoher Prozentsatz bei rechten Straftaten sind die so genannten Propagandadelikte, die es aber – wie seltsam – im linksextremen Bereich gar nicht gibt, wodurch eine offenbar bewusst verzerrte innere Bedrohungslage statistisch vermittelt wird. Konkret heißt das ja: Hakenkreuz verboten, Hammer und Sichel erlaubt. Da stellt sich doch die drängende Frage, warum die jahrzehntelang regierenden Unionsparteien incl. der FDP hier keinen gesetzlichen Gleichklang im anti-extremistischen Sinne in die Wege geleitet haben?

Aus dem Antitotalitarismus wurde der einseitige Antifaschismus

Die NS-Herrschaft ist aus deutschen Traditionen entstanden. Bis in die ersten Kriegsjahre wurde das Regime von der Bevölkerungsmehrheit unterstützt. Die Linken in Deutschland kamen nach 1945 mit ausländischer Unterstützung zu Macht und Einfluss und hatten weniger Wurzeln in deutschen Traditionen. Das erklärt die Furcht vor dem Entstehen einer rechten Bewegung. Die Traditionen könnten eventuell wieder ausbrechen. Das erklärt die Heftigkeit der Propaganda gegen „Rechts“. Ansatzweise hat es bis 1991 einen antitotalitären Gleichklang sowohl

gegen Rechts wie gegen Links gegeben. Unmittelbar nach dem Ende der NS-Herrschaft überwog der Kampf gegen nationale Traditionen. Es sei an das Buch des Kommunisten Alexander Abusch: „Der Irrweg einer Nation“ (1947) erinnert. Ab 1946 bis 1991 richtete sich der Kampf stärker gegen die Linke. Seit deren Zusammenbruch wurde der Antitotalitarismus durch den einseitigen Antifaschismus ersetzt.

Herr Professor Knütter, Sie zeichnen auch für den Internetauftritt „Links-Enttarnt.net“ verantwortlich, der sozusagen Ihre Grundaussagen über den Linksextremismus durch monatliche Neueinträge seit inzwischen 20 Jahren ergänzt. Wie sieht Ihre Bilanz aus?

Wir leisten einen wichtigen Informationsbeitrag über den deutschen Linksextremismus und verwandte Themen. Insofern agieren wir erfolgreich, aber: Aufklärung über den Antifaschismus ist zwar notwendig, kann aber allein wenig erreichen, weil Macht- und Posteninteressen mit rationalen Argumenten nicht wirksam bekämpft werden können. Eine Intensivierung der politischen Bildung könnte ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Links-Enttarnt.net wird dazu weiterhin eine nützliche Hilfestellung leisten. Klicken Sie uns an, lesen Sie, welche Argumente wir nun seit über 20 Jahren präsentiert haben.

Mit der AfD, die jetzt in den meisten Landtagen und seit Herbst 2017 sogar im Deutschen Bundestag vertreten ist, wirkt eine national-konservative Partei in den Parlamenten an der Willensbildung in unserem Staat mit. Was erwarten Sie von dieser neuen Kraft im Zusammenhang mit „Ihrer“ Faschismuskeule?

Die AfD hat in den wenigen Jahren ihres Wirkens schon viel zu einer Änderung der Stimmung beigetragen. Wieweit sie tatsächlich eine „Alternative“ sein wird, muss sich im Laufe der nächsten Jahre zeigen. Ihre Stimme kann von den etablierten Medien nicht übergangen werden. Die Ausweitung der politischen Bildung durch ihr neues Bildungswerk könnte erfolgreich sein. Die politische Grundstimmung ist zurzeit günstig. Zum ersten Mal seit 1945 gibt es in Deutschland eine rechte Partei von diesem Anklang und einer beginnenden Verankerung in Wählerschichten. Es wird von der Einigkeit, Geschlossenheit und Standfestigkeit der Partei abhängen, ob sie der feindseligen Interessenpropaganda der Etablierten und ihrer Medien erfolgreich durch Entlarvung widerstehen kann.

Erlauben Sie noch eine abschließende Frage: Was ist die Ursache für die Wirksamkeit der Antifa-Propaganda?

Das deutsche Ansehen im Ausland war durch die NS-Herrschaft belastet. Hier liegt die Erklärung für die misstrauische Aufmerksamkeit, die rechte, nationale Bestrebungen in Deutschland in jenen Ländern finden, die während des Krieges eine deutsche Besetzung zu ertragen hatten. Die Bevölkerung in Polen, Frankreich, den Niederlanden und in den skandinavischen Ländern ließ sich wegen dieser Erfahrungen leicht mit antideutscher Antifa-Propaganda aufhetzen. Deshalb besteht hier eine historisch begründete Furcht vor deutschen Traditionen. Unbegründet ist diese Furcht, weil die Gründe, die zur „Machtergreifung“ 1933 führten, heute nicht mehr existieren. Deshalb dient die Antifa-Propaganda heute dazu, das veränderte Deutschland zu disziplinieren, abhängig und leistungswillig zu erhalten. Wirksam ist diese Propaganda, weil auch bei den etablierten Parteien und ihren Medien eine Furcht vor den Erfolgen der Rechten besteht.

Allerdings mehren sich die Anzeichen, dass die Antifa-Propaganda an ihre Grenzen kommt. Die Wähler der AfD haben sich nicht verhetzen lassen. Zahlreiche Anhänger wurden in der Ansicht bestärkt, die Hetze sage mehr über den Charakter der Angreifer als über die angegriffene AfD aus.

Herr Professor Knütter, vielen Dank für dieses Gespräch!

Linksextreme Propagandadelikte? Die gibt es nicht!

Zitat aus dem „Lexikon der Völkermorde“, herausgegeben von Gunnar Heinsohn, Rowohlt-Verlag Hamburg 1998, Seite 243 f.:

„Marxistisch-Leninistische Regime: Unter keiner Weltanschauung wurden in der Menschheitsgeschichte größere Megatötungen vollzogen als unter Regierungen, die sich dem Marxismus bzw. dem wissenschaftlichen Sozialismus verpflichtet fühlten.“